

# **KOMMUNEN IN DER KRISE**

**Rede des Erfurter Oberbürgermeisters Manfred Ruge**

**anlässlich der öffentlichen Ringvorlesung  
„Reformen in Deutschland“ am 17. Februar 2004**

## **KOMMUNEN IN DER KRISE**

### **Rede des Oberbürgermeisters Manfred Ruge anlässlich der öffentlichen Ringvorlesung zu Reformen in Deutschland am 17. Februar 2004**

Einen recht schönen guten Abend meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Professor, sehr geehrter Herr Schneider

Ich möchte heute Abend über das Thema „Kommunen in der Krise“ referieren und möchte gleich voranstellen, dass Sie natürlich nicht von mir erwarten können, dass ich die Lösung dieses Problems letzten Endes hier präsentiere. Ich möchte ihnen aber Ansätze zeigen, ich möchte Ihnen zeigen, wie es möglich sein könnte und ich möchte Ihnen Ursachen vermitteln und daraus dann vielleicht Wirkungen ableiten.

"Die Kommunen melden Bankrott an", "Regionen sterben aus", "Vom begehrten Wohnstandort zur Geisterstadt" - solche Schlagzeilen finden wir fast täglich in der deutschen Presse. Ist dies Übertreibung oder bittere Realität?

Ich habe als Oberbürgermeister 1990 sehr bald gelernt, dass man gemäß dem damaligen Spruch immer bei seinem Vorgesetzten, nämlich bei der Landesregierung, im Lodenmantel und alten Sachen antreten sollte, um letzten Endes deutlich zu machen, wie arm eine Kommune ist. Das war Anfang der 90-er Jahre, wo noch immer die Möglichkeit bestand, mehr Geld für die Bedürfnisse der Kommunen zu erbitten und zu bekommen. Dies ist schon lange nicht mehr möglich. Es ist eine bittere Realität geworden, dass die kommunale Selbstverwaltung zu einer Worthülse geworden ist, da wir für die Selbstverwaltung natürlich auch die notwendigen Mittel brauchen und diese Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Wirtschaft und die Finanzpolitik eines Staates sind Dreh- und Angelpunkt für den funktionierenden Staat. Wir haben in Deutschland drei Säulen, und zwar den Bund, die Länder und die Kommunen, aber wir haben nur zwei Körperschaften, die zwei dieser drei Säulen vertreten. Wir haben den Bundestag für den Bereich des Bundes und den Bundesrat für die Probleme der Länder und des Bundes. Die Länder vertreten die Städte und Gemeinden, so dass wir keine eigene Kammer haben und auf das Wohlwollen oder das Nichtwohlwollen der einzelnen Länder und deren Meinung angewiesen sind. Das macht den ersten Punkt der Misere deutlich.

Zu Beginn meiner Ausführung möchte ich noch einmal deutlich machen, dass das, was der Staat und die Wirtschaft erwirtschaften, letztendlich für die Bevölkerung eines Staates verfügbar ist. Die Kommunen, ich hatte es vorhin gesagt, werden stiefmütterlich behandelt. Wir sitzen am Katzentisch und haben kein Mitspracherecht beim Steuerverbundsystem, bei der Aufgabenverteilung und natürlich auch nicht bei der Finanzierung der Aufgaben. Deshalb ist vom Deutschen Städtetag, vom Gemeinde- und Städtebund Deutschlands und natürlich auch vom Landkreistag die Forderung nach dem Konnexitätsprinzip gekommen. Das heißt: „Wer die Musik bestellt, der soll auch die Musik bezahlen!“. Leider ist dies noch nicht durchgängig in allen Gesetzen eingefügt. Aber auch in Thüringen bemüht man sich, dieses Prinzip langsam einzuführen, dass heißt, wenn Aufgaben auf die unteren Ebenen verteilt werden, dann muss auch gesichert sein, wie diese untere Ebene diese Aufgaben bewältigen kann, und zwar finanziell bewältigen kann. Wie sieht es heute aus? Im Normalfall wird eine Aufgabe auf die untere Ebene verteilt, es wird Geld, das

gedeckt ist, das in einer Größenordnung festgeschrieben ist, den Kommunen zur Verfügung gestellt. Wie sich dann die Situation und die Aufgabe vor Ort entwickelt, das ist dem Gesetzgeber nicht mehr so präsent. Damit müssen die Kommunen allein auskommen.

Ich sagte es vorhin, dass sich die Kommunen Deutschlands in der schwersten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik befinden. Allein im Jahr 2004 beläuft sich das Finanzierungsdefizit auf zehn Milliarden Euro. Dies ist ein gesamtdeutsches Problem und nicht ein Problem von Ost und West.

Wodurch ist dieses Thema, sind diese zehn Milliarden Finanzierungsdefizit geprägt? Es ist geprägt durch seit Jahren rückläufige Einnahmen. Diese Einnahmen resultieren aus gravierenden Steuerverlusten in den Bereichen der Gewerbesteuern - und dies verstärkt bis 2003 durch die stetige Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, durch die Verringerung der Einkommenssteuer, durch die neue Steuerreform und natürlich auch durch Einbußen der Umsatzsteuer. Die Kommunen - meine sehr verehrten Damen und Herren - sind härter betroffen durch die Steuerausfälle als Bund und Länder. Das, was bei uns ankommt, ist prozentual das Geringste.

Aber gleichzeitig dazu steigen die Ausgaben der Kommunen, und zwar in Gesamt-Deutschland die Ausgaben für soziale Leistungen um 7,7 Prozent. Das Haushaltsdefizit aller deutschen Kommunen beträgt, wie bereits erwähnt, zehn Milliarden. Allein für die Verwaltungshaushalte sind das neun Milliarden im Jahr 2003.

Das bedeutet natürlich auch, dass damit ein dramatischer Fall der Investitionen in den einzelnen Kommunen einhergeht. Heute - und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - liegen die Investitionsausgaben der Kommunen ganz Deutschlands auf 35 Prozent des Jahres 1992. 35 Prozent des Jahres 1992 sind heute die Investitionsausgabe aller deutschen Kommunen. Wir haben einen Investitionsbedarf in der Gesamtheit der deutschen Kommunen von 660 Milliarden Euro bis zum Jahre 2009. Eigentlich würde jeder Haushalt eines Unternehmens von Wirtschaftsprüfern und Steuerprüfern nicht genehmigt werden, weil nicht einmal die einfache Reproduktion in diesen Haushaltsplänen ermöglicht ist. Was heißt das? Wir können nicht einmal mit dem Geld, was uns heute zur Verfügung steht, dem Verfall unseres Eigentums, Einhalt gebieten. Das bedeutet Verfall der Straßen, Verfall der städtischen Gebäude usw. In der Gesamtheit müssten überall Abschreibungen in den Wirtschaftsplänen eingestellt werden. In den städtischen Haushalten, wenn Sie hineinschauen, haben wir für diese einfache Reproduktion nicht einmal eine Million Euro, was die Straßen, was die Gebäude unserer Stadt Erfurt betreffen.

Nicht desto trotz haben die Kommunen an vielen Stellen versucht, durch harte Konsolidierungsmaßnahmen und eine harte Konsolidierungspolitik diesem stetigen Schwund von Geld entgegen zu wirken. In Ostdeutschland sind seit 1992 über 400 000 Arbeitsplätze im Kommunalbereich abgebaut worden. Aber im Ergebnis sind die Pflichtausgaben, die wir tätigen müssen, kaum noch erfüllbar. Natürlich fallen darunter auch die Kürzungen der freiwilligen Aufgaben wie Kultur- und Freizeitangebote. Wie ist es überhaupt noch möglich, einen kommunalen Haushalt aufzustellen? Es ist nur möglich, in dem wir kommunales Vermögen veräußern. Das bedeutet - meine sehr verehrten Damen und Herren - dass wir von der Substanz leben. Bund und Länder sparen auf Kosten der Kommunen. Ich möchte ein paar

Beispiele nennen: Das ist die Übertragung von Aufgaben - ich hatte es vorhin gesagt - wie die Grundsicherung für Rentner und die Leistungsverbesserung für Behinderte, das ist das Unterhaltsvorschussgesetz, die Drittelfinanzierung, das ist die Kommunalisierung der Sozialhilfe, das ist das Kindergeld, an dem wir immer als Kommunen beteiligt sind.

Wir haben als Städte zum Jahresende unsere Rathäuser unter dem Thema „Städte in Not“ beflaggt. "Städte in Not" trifft nicht nur auf die neuen Bundesländer zu, sondern die gesamte Bundesrepublik, es gilt aber besonders für Ostdeutschland und natürlich auch für strukturschwache Regionen in der Altbundesrepublik. Der Gestaltungsspielraum der Kommunen ist gleich Null. Ich möchte hier noch einmal deutlich machen: Die Ausgaben im Jahr 2003 in der Gesamtheit der deutschen Kommunen betrugen 151 Milliarden Euro und die Einnahmen genau diese zehn Millionen Euro weniger, nämlich 141 Milliarden Euro. Diese Sparpolitik - meine sehr geehrten Damen und Herren - führt natürlich auch zu großen Verwerfungen in der Bürgerschaft, nämlich beim bürgerlichen Handwerk und beim Mittelstand. Sie sind letzten Endes die Empfänger von Geld der öffentlichen Hand. 70 Prozent der Investitionen, die der Mittelstand in der einzelnen Region durch die Kommunen bekommt, wird heute nicht mehr in Auftrag gegeben. Das heißt, diese Auftragsreduzierung von 70 Prozent führt letzten Endes zum Sterben von mittelständischen Unternehmen und führt dazu, dass es wiederum Arbeitslosigkeit gibt und Geld für Sozialmaßnahmen von den Städten verlangt wird.

Wie sieht die Situation in Ostdeutschland aus? In Ostdeutschland ist in der Gesamtheit eine wesentlich schlechtere Kassenlage zu sehen, als in westbundesdeutschen Kommunen. Warum? Weil wir geringe Einnahmemöglichkeiten haben durch die natürlich noch bei uns geringe Industrie- und Gewerbedichte. Und wir haben wesentlich erhöhte Ausgaben. Diese Ausgaben sind in hoher Arbeitslosigkeit, die bei uns vorherrscht, begründet. Sie ist doppelt so hoch wie im Durchschnitt in der Altbundesrepublik. Dann haben wir infrastrukturelle Defizite. Unser Aufbau der Infrastruktur ist nicht vollendet. Und - meine sehr verehrten Damen und Herren - es kommt noch etwas hinzu: Bei einem Anspringen der Konjunktur in Deutschland werden wir nach wie vor auf der Verliererseite sein, weil die Wirtschaftspotenziale bei uns nicht aufgebaut sind. Viele Wirtschaftspotenziale sind in der Altbundesrepublik zur Zeit nicht stillgelegt, aber man arbeitet dort nur mit 75 Prozent oder teilweise auch nur mit 50 Prozent der Möglichkeiten. Wenn aber in Deutschland die Wirtschaft wieder anspringen sollte, werden diese Wirtschaftspotenziale ausgefahren, die wir hier in den fünf neuen Bundesländern gar nicht aufbauen konnten, so dass also auch beim Anspringen der Wirtschaft wir in dieser Situation keine Änderung erfahren werden. Wir versuchen, dem entgegen zu wirken, natürlich - wie bereits gesagt - durch die Senkung der öffentlichen Ausgaben seit Jahren. Wir haben, das kann man getrost deutlich machen, im Deutschen Städtetag die größte Bereitschaft der Kommunen, wenn es um Reformen und Veränderungen in den Verwaltungen geht. Aber für das Gemeinwesen ist es natürlich notwendig, dass wir hier auch starke wirtschaftliche Unternehmungen haben. Leider haben wir sie nicht, und so bleiben die Stadtwerke, die Sparkassen, hier in Thüringen speziell die TEAG, und die Erdgasversorgung eigentlich die einzigen Sponsoren, die kommunales Leben und bürgerliches Engagement unterstützen und fördern können. Ich möchte an dieser Stelle zwei Beispiele nennen: Es kann doch nicht sein, dass eine Firma wie Opel in Eisenach permanent davon spricht, dass in Eisenach das beste Opelwerk der Opelproduktion

in Europa steht, und wenn es darum geht, bürgerliches Engagement oder Sponsoring zu ermöglichen, ein Handballclub wegen 200 000 Euro fast Insolvenz anmelden muss, wenn Opel in anderen Ländern Millionen für das Sponsoring in Sportclubs aufbringt. Auch dieses Engagement fordern wir als Kommunen ein von den wenigen hier vorhandenen Großinvestoren bzw. Großbetrieben. Genauso wie Siemens. Die Stadt und das Klinikum haben Siemens in Erfurt in den letzten Jahren in einer Größenordnung von 16 Millionen DM bzw. acht Millionen Euro Waren abgekauft. Und letzten Endes erwarten wir auch, dass sich Siemens hier in der Region einbringt, um die schmalen Kassen, die wir haben, ein Stück aufzubessern. Aber leider ist dieses Engagement bisher sehr begrenzt.

Ich möchte noch einmal zu den Transferleistungen von Ost und West bzw. von West und Ost kommen. Seit 1991, und vielleicht liegt auch dort ein Stück der Misere, sind über 900 Milliarden Euro in den Osten geflossen. Aber der größte Teil dieser Gelder ist geflossen, um die soziale Absicherung zu ermöglichen, nämlich Arbeitslosigkeit zu bezahlen, und um im Alter oder Vorruhestand Geld fließen zu lassen. Nur ein geringer Teil dieses Geldes ging in die Wirtschaftsförderung und in die Infrastruktur. Wie sieht es 2003 aus? Der Sozialtransfer beträgt 45 Prozent des Geldes, was 2003 in die fünf neuen Bundesländer floss, Wirtschaftsförderung nur neun Prozent, Infrastruktur 13 Prozent, und lediglich 22 Prozent werden für den wirtschaftlichen Aufholprozess benutzt. Das heißt, fast die Hälfte des gesamten Geldes, das hier von West nach Ost transferiert wird, geht letztendlich in die Absicherung von Arbeitslosigkeit oder für soziale Maßnahmen. Damit wird der wirtschaftliche Aufschwung im Osten nicht gefördert, sondern letzten Endes nur stiefmütterlich behandelt. Was ist das für ein Ergebnis? Ich komme noch auf einen anderen Punkt, auf den wir nachher noch tiefer eingehen werden: Seit 1990 haben 820 000 Menschen die ehemalige DDR, die fünf neuen Bundesländer, verlassen, um in der Altbundesrepublik Arbeit zu finden.

Ich möchte nun zu dem Thema Finanzaufweisung der Länder und hier im speziellen zum Freistaat Thüringen kommen. Eines unserer Einnahmequellen sind diese Finanzaufweisungen. Herausstreichen möchte ich, dass der Umgang des Freistaates Thüringen mit seinen Kommunen als sehr positiv zu bewerten ist. Warum? In allen anderen neuen Bundesländern wurden die Schlüsselzuweisungen wegen mangelnder Masse der einzelnen Länder zurückgefahren, das heißt, die Prokopfuweisung für die Bevölkerung. Hier in Thüringen ist das nicht der Fall. In Thüringen ist die Schlüsselzuweisung gleich geblieben, obwohl wir andere Aufgaben übernehmen mussten, die wir natürlich anteilig mit bezahlen müssen. Was mahne ich aber im Freistaat Thüringen an? Im Freistaat Thüringen ist die Verteilung dieses Geldes zwischen kreisfreien Städten in Thüringen und den Landkreisen gestört. Die Landkreise haben teilweise erhebliche freie Finanzspitzen, und wir erwarten von Seiten des Freistaates, dass hier eine Korrektur der Verteilung zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen zu Gunsten der kreisfreien Städte passiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sieht nun die Haushaltssituation in der Landeshauptstadt Erfurt aus? Die prekäre Finanzlage der Landeshauptstadt Erfurt wird deutlich an der Entwicklung der Einkommenssteuer, der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B. Auf der Folie "Entwicklung der Steuereinnahmen" können Sie sehen, wie die einzelnen Steuern in den Jahren in der Gesamtheit, in der Summe, stetig gefallen sind. Damit wird deutlich gemacht, dass wir letzten Endes hier an diesen Stellen kaum etwas machen könnten, denn für die Steuerpolitik ist die

Bundesregierung verantwortlich und nicht die Kommunen. Das einzigste, wofür die Kommune verantwortlich ist, ist die Grundsteuer B, und die steigt kontinuierlich bzw. bleibt fast in der Gesamtheit gleich.

Dem gegenüber – meine sehr verehrten Damen und Herren - stehen die Personalkosten. Sie sind neben den Ausgaben für den sozialen Bereich der größte Posten unseres Haushalts. Auf den Folien "Entwicklung Stellenplan" und "Übersicht Personal und Personalausgaben SN1" wird die stetige Reduzierung des Stellenplanes deutlich. Der Personalbestand der Stadtverwaltung Erfurt wurde seit 1992 fast halbiert. Die drastische Reduzierung des Personals schlägt sich allerdings nicht auf die Entwicklung der Personalkosten nieder (Folien "Entwicklung Personalausgaben SN1" und "Übersicht Personal und Personalausgaben SN1". Trotz enormen Stellenabbaus pendeln die Personalausgaben zwischen 120 und 130 Millionen Euro jährlich. Der Grund hierfür ist hauptsächlich in den regelmäßigen Tarifierhöhungen zu sehen, die dem durch die Personalreduzierung erhofften Effekt entgegenwirkt. Zur Sicherung der noch verbleibenden Arbeitsplätze haben wir im Jahr 2002 für die Jahre 2003 bis 2005 eine Vereinbarung über 38 Stunden ohne Lohnausgleich getroffen und damit die Kosten bis zum Jahr 2004 wieder senken können. Für diese Regelung verzichtet jeder Mitarbeiter der Stadtverwaltung auf fünf Prozent seines Lohnes!

Es wird deutlich, dass wir uns in einem Teufelskreis befinden: Trotz enormem Abbau des Personals können wir nicht die Mehrausgaben durch die Tarifierpassung Ost/West ausgleichen.

Die Betrachtung der Entwicklung der Investitionsausgaben im Vergleich zu den Vermögensverkäufen (Folie "Bauausgaben und gleichzeitiger Vermögensverkauf") ist ebenso erschreckend. Nach anfänglichen Schwankungen konnten in den letzten Jahren etwa gleichbleibende Mittel für investive Maßnahmen bereit gestellt werden. Dafür war es aber auch nötig, Vermögenswerte zu verkaufen. Deutlich wird es im Jahr 2002, wo die Hälfte der Investitionsausgaben durch Vermögensverkauf aufgebracht werden musste. Wir sind in dieser Stadt für den Verkauf des Klinikums gescholten worden, aber nur so war es uns möglich, die notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen, zu denen wir gesetzlich verpflichtet sind, überhaupt finanzieren zu können. Warum müssen wir überhaupt Investitionen in diesen Größenordnungen tätigen? Weil wir für die Inanspruchnahme von Fördermitteln des Freistaates Thüringen Eigenanteile aufbringen müssen. Ohne Fördermittel wären aber auch viele der Baumaßnahmen überhaupt nicht möglich gewesen. In Zukunft müssen wir in der Stadt Erfurt von weiter sinkenden Mitteln für Investitionsmaßnahmen ausgehen.

Dazu vielleicht noch einmal die Folie "Sozialausgaben". Hier sehen Sie, dass diese Ausgaben im sozialen Bereich stetig steigen. Bei einem Haushaltsvolumen von 400 Millionen Euro sind wir allein in diesem Bereich hier bei 70 Millionen angekommen.

Wodurch verschärft sich unsere finanzielle Krise nochmals? Sie verschärft sich durch den extremen - und im Osten ist das eines der größten Probleme - Rückgang unserer Einwohner und die daraus resultierenden Probleme. Ich möchte Ihnen mit der Folie "Geburtenziffern in der EU" zeigen, wie sich in ganz Europa die Entwicklung der Einwohner entwickelt. Das ist also kein Problem von Ostdeutschland, kein Problem von Deutschland, sondern es ist ein europäisches Problem. In ganz Europa

wird die natürliche Geburtenrate nicht erreicht, nämlich 2,1 Kind pro Familie, um die Bevölkerung in ganz Europa konstant zu halten. Sie sehen sogar die Verluste in der Gesamtheit. Selbst wenn es Zuwanderungsgesetze gibt, in welcher Form auch immer, können wir in Deutschland diesen Bevölkerungsrückgang nicht aufhalten. Es wird prognostiziert, dass sich die Einwohnerzahlen von heute 82,5 Millionen in Deutschland Lebenden auf 75 Millionen im Jahre 2050 reduzieren werden. Darin ist auch die Zuwanderungsrate nach den heutigen Gesetzgebungen bereits mit einbezogen. Wenn wir den Vergleich mit der Bevölkerungsentwicklung zwischen den alten und neuen Bundesländern hier noch einmal auflegen (Folie "Vergleich der Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Ländern"), werden Sie sehen, dass gerade in den fünf neuen Bundesländern die Entwicklung letzten Endes noch gravierender als im Westen ist.

Ja und woran liegt das? Ich hatte es bereits gesagt, es liegt an den mangelnden Arbeitsplätzen, die hier bei uns nicht angeboten werden können. Das bedeutet für Erfurt, dass wir einen Bevölkerungsrückgang seit 1990 von 17 Prozent zu verzeichnen haben.

Wie sieht die Prognose für die Bevölkerungsentwicklung in Erfurt aus? Auf der Folie "Bevölkerungsentwicklung nach den drei Wanderungsvarianten" ist der Trend eindeutig erkennbar. Ausgehend von der mittleren Variante werden im Jahr 2020 in der Stadt Erfurt noch rund 180 000 Einwohner leben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dagegen kann man nichts machen. Das wird auf der Folie "Alterspyramiden der Erfurter Bevölkerung 2002 und 2020" deutlich. Die dargestellten Geburtenausfälle, besonders die nach der Wende, sind nicht aufholbar, da nicht geborene Frauen und Männer natürlich auch keine Kinder bekommen können. Nur Kinder, die heute geboren werden, werden in 25 oder 30 Jahren die Menschen sein, die letzten Endes wieder Kinder bekommen. Die Geburtenausfälle im zweiten Weltkrieg konnten durch die Einwanderer aus den ehemaligen Ostgebieten kompensiert werden. Dieser Effekt wird aber selbst mit einer höheren Zuwanderungsrate nicht wieder erreicht werden können. Wir müssen daher davon ausgehen, dass die dargestellte Entwicklung eintreten wird.

Warum sage ich das so deutlich? Unsere Stadt ist eine Stadt, die einmal auf 210 000 Einwohner ausgerichtet worden ist, das heißt, die Prokopfkosten der Stadt Erfurt müssen letztendlich von den Erfurter Bürgern aufgebracht werden. Die Kosten für Wasserversorgung, Entsorgung, Strom und Fernwärme werden steigen. Die laufenden und durch den Bevölkerungsrückgang notwendigen Investitionen muss auf der einen Seite die Stadt, aber auf der anderen Seite auch durch die kleinere Bevölkerung, die hier in der Stadt Erfurt lebt und hier in der Stadt Erfurt weiter leben will, mit finanziert werden. Wir werden also trotz sinkender Einnahmen, trotz sinkender Bevölkerung im städtischen Haushalt in den nächsten Jahren größere Ausgaben haben. Ich möchte dabei an den öffentlichen Personennahverkehr erinnern, der von jedem so gelobt wird in unserer Stadt. Wenn unser Streckennetz bleibt, aber die Bevölkerung, die mit dieser Straßenbahn fährt, weniger wird, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Zuschüsse von der Stadt Erfurt an den ÖPNV steigen oder die Entgelte für die Bevölkerung werden höher. Oder aber, es müssen Strecken wieder lahmgelegt werden, was wir nicht wollen.

Dazu gehört natürlich auch, dass wir durch den Bevölkerungsrückgang auch einen großen Wohnungsleerstand haben werden, der heute schon mit über 10 000 Wohnungen beziffert werden kann.

Ja - meine sehr verehrten Damen und Herren - das bedeutet natürlich auch, dass solche Schulstandorte nicht mehr garantiert werden können, dass die sozialen Einzugsbereiche wesentlich vergrößert werden müssen, um letzten Endes dies noch einigermaßen finanzieren zu können. Und es ist nicht eine Sache der Stadtverwaltung, ihre Bürger zu schikanieren, sondern es ist einfach der Tatsache geschuldet, dass immer weniger Menschen auf dem gleichen Territorium mit der gleichen Infrastruktur leben. Es werden sich damit natürlich auch andere Möglichkeiten der Versorgung einzelner Wohngebiete ergeben. Es geht dabei darum, inwieweit Kaufeinrichtungen aufgegeben werden müssen und durch mobile Dinge ersetzt werden. Ich sage das nur deshalb, um deutlich zu machen, dass wir als Stadt dies alles nicht mehr finanzieren werden können.

Wir haben nach dieser Prognose - meine sehr verehrten Damen und Herren - bis zum Jahre 2020 nach heutigem Stand mit etwa 30 000 leerstehenden Wohnungen zu rechnen. 30 000 leerstehende Wohnungen! Das bedeutet, dass diese Wohnungen in irgendeiner Art und Weise - ja so schlimm es klingt - beseitigt, also vom Markt genommen werden müssen. Die leerstehenden Gebäude müssen in geordneter Weise zurückgebaut werden. Es muss versucht werden, dass dadurch die einzelnen Wohngebiete nicht kippen und dass das soziale Abgleiten ganzer Gebiete verhindert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind gerade dabei, die Masterpläne zu entwickeln. Ich hatte heute gerade einen Bürger bei mir, der die Vorzüge eines Hauses am Roten Berg sehr gepriesen hat, ich ihm aber Folgendes sagen musste: Wenn in diesem Hause weniger als 50 Prozent noch vermietet sind, dann kommt die Wohnungsgenossenschaft letztlich nicht umhin, aus wirtschaftlichen Gründen die letzten 50 oder weniger als 50 Prozent aus diesem Haus umzusiedeln und in andere Häuser zu setzen. Warum sage ich das? Wenn ein solches Haus vom Markt genommen wird, bedeutet es für die Stadt Erfurt wiederum, sehr viel Geld anzufassen. Nicht nur für den Rückbau, den bezahlt letzten Endes die Bundesregierung durch den Stadtumbau Ost. Aber es kommen sofort Gelder für den Rückbau der Infrastruktur ins Spiel. Diese Häuser sind ja versorgt worden mit Fernwärme, mit Gas, mit Wasser, mit Elektroenergie, was alles zurückgebaut werden muss, um letzten Endes auch das Leben der Restbestände dieser Wohnbebauung zu ermöglichen.

Ein anderes Thema des Wohnungsleerstandes ist die Entleerung der Innenstadt. Ich habe nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht die Befürchtung, dass unsere Innenstadt sich entvölkern wird, aber - meine sehr verehrten Damen und Herren - es gibt einen anderen Grund, weshalb wir nicht so optimistisch sein können. Um die Erfurter Altstadt, um die Innenstadt, gibt es eine Zone, die teilweise auch jetzt schon entvölkert wird. Es wird hoffentlich nicht dazu kommen, dass es eine Zone des Stadtkerns gibt und dann eine Zone, die man als Zone der sehr großen Ausdünnung bezeichnet, wo sogar Verwahrlosungen vorkommen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen Sie sich in Erfurt-Nord den Bereich der Grubenstraße an! Das ist eine solche Zone, die von der Substanz eigentlich eine gute Wohnqualität haben könnte, aber niemand mehr dort wohnt. Anschließend hat man dann den



Roten Berg als eine Zone, in der wieder gewohnt wird. Deshalb müssen wir alles tun, dass solche verwahrlosten Zwischenzonen sich nicht entwickeln, dass es eine Siedlungskontinuität von der Innenstadt bis nach außen in die Neubaugebiete gibt. Das bedeutet, dass wir hier keine Perforationen der Stadt, man redet auch von unkontrollierten Löchern, zulassen dürfen, dass wir versuchen müssen, auf diesen frei werdenden Flächen vernünftige Lösungen wie Grünflächen, Parks und anderes zu schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben aber dadurch natürlich auch eine Möglichkeit, an manchen Stellen eine Stadtentwicklung zu ermöglichen, über die man bis heute nicht gesprochen hat und nicht sprechen konnte, denn es werden sich Zonen ergeben, die völlig neu überdacht werden müssen und die letzten Endes zu einer Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt Erfurt führen könnten.

Diese Stadtumbaustrategie muss im Konsens mit den Belangen der Stadt, den Belangen der Wohnungseigentümer, den Belangen der Versorgungsunternehmen der Stadt und denen der Bürger entwickelt werden. Dies kostet alles eine Menge Geld. Ich sage das auch noch einmal unter dem Aspekt dessen, was uns in den letzten Jahren an Finanzen zur Verfügung gestanden hat und noch zur Verfügung steht.

Deshalb ist es auch wichtig, dass wir in der Stadt Erfurt solche Dinge wie ega, Zoo und Messe erhalten, da diese Einrichtungen die Lebensqualität unserer Stadt aufwerten. Wir tun an dieser Stelle letzten Endes etwas für die Menschen, wenn wir solche Einrichtungen nicht in Frage stellen.

Die Lösungsansätze für die Arbeiten der Stadt möchte ich noch einmal definieren. Einzellösungen führen nicht zum Ziel. Es muss ein fachübergreifendes Stadtentwicklungskonzept geben, und dies muss für das gesamte Stadtgebiet letzten Endes gültig sein.

Wir haben hier die Folie "Bereinigte Leerstandsquoten der Erfurter Plattenbaugebiete". Daran sehen Sie, was wir für Leerstandsquoten in den einzelnen Gebieten haben, und wie wir in den einzelnen Gebieten arbeiten müssen, um an dieser Stelle die Leerstandsproblematik zu beseitigen, indem wir natürlich auch Häuser vom Markt nehmen.

Ja - meine sehr verehrten Damen und Herren - wie ist dies alles zu finanzieren? Ich hatte bereits am Anfang gesagt, dass die Städte über Gemeindefinanzen verfügen müssen, die sie in die Lage versetzen, hier ihrem Auftrag, ihrem Gesetzesauftrag, gerecht zu werden. Wir haben alle miterlebt, was am Jahreswechsel mit der Gemeindefinanzreform alles gemacht werden sollte bzw. was uns alles als Segnungen zukommen sollte: Die CDU/CSU sprach von einem Sofort-Programm von 40 Milliarden Euro, die Bundesregierung versprach die Verstetigung der Einnahmen durch entsprechende Maßnahmen. Herausgekommen ist leider nichts. Wir haben als einzige die Gewerbesteuer-Umlage, die letzten Endes wieder auf den alten Stand zurückgenommen wurde. Dies war schon seit über drei Jahren eine Forderung von den Gemeinden, denn die zugesagten Mehreinnahmen sind nicht eingetreten, und deshalb war es ungerechtfertigt von Herrn Bundesfinanzminister Eichel, diese Umlage zu erhöhen.

Wir erwarten als Städte, dass wir von den Sozialhilfeausgaben entlastet werden, und ich sage das ganz deutlich: Als seinerzeit die Sozialhilfeausgaben vom Bund auf die

Kommunen verlagert worden sind, gab es keine Sozialhilfe in dem Sinne, wie sie es heute gibt, und auch nicht in diesen Dimensionen, wie sie es heute gibt. Wir haben keine Einnahmen, um wie eine Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitslosengelder zu finanzieren. Die Sozialhilfe wird vom städtischen Haushalt finanziert, von dem eigentlich etwas für das Wohlbefinden der Bürger ausgegeben werden sollte. Sie sollte früher nur ein kleiner Teil dessen sein, ist aber heute neben dem Lohn ein Hauptposten der Pflichtaufgaben in unserer Stadt geworden.

Dazu gehört natürlich auch die Verbesserung der gemeindlichen Steuereinnahmen. Ich spreche da ganz allgemein, weil es verschiedene Diskussionen gibt, wie der Stadt Erfurt bzw. den Gemeinden Steuereinnahmen ermöglicht werden könnten. Auf alle Fälle erwarten die Kommunen von der Bundesregierung und von den Ländern, dass sie über Steuern verfügen, die ein Stück von den Kommunen selbst mitbestimmt werden können. Es kann nicht sein, dass Kommunen, die letzten Endes sehr viel für Wirtschaftsförderung und Wirtschaft tun und damit auch Arbeitsplätze schaffen, dass diese Kommunen gleichgestellt werden mit anderen Kommunen, in denen nicht so viel wirtschaftliche Entwicklung geschieht. Da wirtschaftliche Entwicklung letzten Endes auch etwas mit der einhergehenden Verschlechterung der allgemeinen Umweltbedingungen zu tun hat, müssen Gemeinden, die für die Wirtschaftsförderung sehr viel tun, natürlich auch Steuereinnahmen haben, die etwas höher sind als die anderer Gemeinden, die sich nur als Wohngebiet verstehen. Die Finanzkrise - meine sehr verehrten Damen und Herren - gefährdet natürlich auch den Wirtschaftsstandort Erfurt und die Neuentwicklungen in unserer Stadt. Deshalb sehe ich, wenn es darum geht, Wirtschaft in der Stadt Erfurt anzusiedeln, an dieser Stelle ziemlich schwarz.

Noch etwas zum Thüringer Finanzausgleich. Ich hatte es bereits gesagt, und das ist auch meine Forderung an die Thüringer Landesregierung: Die Korrektur des Verteilungsschlüssels oder des Verteilungssystems zwischen den Städten und Kommunen und den Landkreisen. Es hat Anfang der 90-er Jahre eine Verständigung gegeben, dass 75 Prozent der Steuermasse den Städten und Kommunen und 25 Prozent den Landkreisen zur Verfügung gestellt werden. 1998 erhielt Eisenach die Kreisfreiheit, was ungefähr einem Prozent entspricht. Trotzdem ist dieser Verteilerschlüssel nicht von 75 auf 76 Prozent und 24 Prozent geändert worden, sondern er ist so geblieben. Wir erwarten von der Landesregierung, dass hier wenigstens jetzt die Verteilung 77 Prozent zu 23 Prozent passiert. Warum sage ich das so kleinlich? Das entspricht letzten Endes einer Größenordnung von 20 Millionen Euro jährlich, die mehr im kommunalen Bereich, nämlich in den Kommunen des Freistaates Thüringen, ankommen würden.

Ja, dann geht es natürlich auch an den Bund, die Bundesergänzungszuweisung des Solidarpakt-Fortsetzungsgesetzes. Und zwar geht es darum, dass wir im kommunalen Bereich davon nur 34 Prozent bekommen und wir hier eine Erhöhung von 40 Prozent erwarten. Warum sagen wir das ganz deutlich und konsequent? Denn die westdeutschen Kommunen speisen diese Bundesergänzungszuweisung mit 40 Prozent, und wenn unsere Kollegen in den westdeutschen Kommunen auf 40 Prozent nicht verzichten, aber 40 Prozent dieses Beitrages leisten, so möchten auch diese 40 Prozent bei den Kommunen in den fünf neuen Bundesländern ankommen und nicht nur 34 und sechs Prozent in den Bereichen der Länder verbleiben.

Ich hatte vorhin versucht, deutlich zu machen, dass der Stadtumbau Ost eine der Grundvoraussetzungen dafür ist, dass die Städte überhaupt noch Handlungsspielraum haben, um letzten Endes noch lebenswert zu bleiben. Darum muss das Programm „Stadtumbau Ost“ nicht nur für die nächsten Jahre festgeschrieben, sondern noch weiter ausgebaut werden. Ich hatte bereits erwähnt, dass wir etwa 30 000 Wohnungen bis zum Jahre 2020 hier als Leerstand haben werden und dass wir zur Zeit nicht mal ganz 1 000 Wohnungen pro Jahr aus dem Markt entfernen können. Das heißt, wenn wir weiterhin 1 000 leerstehende Wohnungen pro Jahr zurückbauen, haben wir in 20 Jahren - es sind ja noch nicht mal mehr 20 Jahre - trotzdem noch 10 000 leerstehende Wohnungen. 10 000 leerstehende Wohnungen, das sind 10 000 Problemfälle. Wir erwarten also, dass der Stadtumbau Ost, dass diese Maßnahmen aufgestockt werden, so dass wir bis zum Jahre 2020 auch diese 30 000 Wohnungen vom Markt nehmen können und nicht bis zum Jahr 2030 darauf warten müssen.

Weiterhin geht es darum, dass die Altschuldenhilfeentlastung vom Bund und den Ländern übernommen werden muss, da sonst bei uns der Stadtumbau zum Erliegen kommt.

Ich möchte noch auf ein paar aktuelle Themen hinweisen: Warum war der Aufschwung in den Jahren 1990 bis in die Jahre 1996 bis 1997 so extrem, auch in unserer Stadt? Das hatte seine Ursachen darin, dass es Sonderabschreibungen gab. Sonderabschreibungen für Privatpersonen, die letzten Endes mit Investitionen bei uns die Entwicklung in unserer Stadt finanziert und gefördert haben. Wir sagen nach wie vor, es muss Sonderabschreibungen für die Konsolidierung der Innenstädte und natürlich auch der historischen Altstadtkerne geben. Es muss auch weitere Möglichkeiten geben - und da bin ich hier fast einig mit Altbundeskanzler Schmidt - durch Sonderabschreibungen oder Sondervergünstigungen auch für die Wirtschaft Investoren hier nach Thüringen oder in die fünf neuen Bundesländer zu holen. Denn nur mit wirtschaftlichem Aufschwung auch hier bei uns, wird es Arbeitsplätze geben, und nur wenn es Arbeitsplätze gibt, wird letzten Endes das Ausgabenvolumen für Sozialhilfe gesenkt werden.

Ja - meine sehr verehrten Damen und Herren - was ist das Fazit? Die Not der Kommunen hat mehrere Ursachen: Als erstes möchte ich den Rückgang der Bevölkerung nennen, was ein europäisches Problem ist. Das zweite ist die notwendige, aber stetige Steigerung der Ausgaben für unsere Pflichtaufgaben. Ich glaube, an beiden können wir nicht viel tun. Der Bevölkerungsrückgang lässt sich nur durch eine familiengerechte Gesellschaft beeinträchtigen, aber das ist ein europäisches Phänomen. Die Ausgabenseite im Pflichtbereich wird sich letzten Endes nicht groß verändern lassen. Drittens sind es die sinkenden Einnahmen, die die Finanzmisere verursachen. Deshalb habe ich gesagt, dass die sinkenden Einnahmen letzten Endes nur kompensiert werden können, wenn Arbeit und Arbeitsplätze hier geschaffen werden und damit Steuern gezahlt werden. So kann letzten Endes hier auch bei uns die Möglichkeit zu einem selbsttragenden Aufschwung gegeben werden. Wenn die Einnahmen nicht mehr sinkend wären, würde dies automatisch dazu führen, dass der vierte Punkt unserer Misere, nämlich die steigenden Sozialausgaben, damit auch verringert werden. Denn diese beiden sind wie kommunizierende Röhren: Wenn auf der einen Seite die Einnahmen steigen, ist es natürlich auch logisch, dass damit auch Wirtschaft hier produziert und damit Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn also Arbeit hierher kommt und wir

arbeiten können, sinken auf der anderen Seite natürlich automatisch auch die sozialen Ausgaben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte trotz alledem - seit dem ich nun 14 Jahre Oberbürgermeister bin - hier nicht pessimistisch reden. Meine Ausführungen sollten dazu angetan sein, Ihnen deutlich zu machen, dass es nicht eine Sache der Stadtverwaltung oder des Stadtrates ist, wenn manche Dinge nicht mehr so sind, wie sie bisher gewohnt waren. Wie es Herr Prof. Bergsdorf am Anfang ja gesagt hat: Reformen sind hier vielleicht auch Reformen des Rückbaus und auch des Rückschraubens von Ansprüchen. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass wir all unsere Bäder in Erfurt nicht mehr erhalten können. Dass wir vieles der Infrastruktur, die uns in Erfurt lieb und gut geworden ist, nicht erhalten können. Sie ist auf 210 000 Einwohner ausgelegt gewesen und wir werden bei weit unter 200 000 Einwohnern anlangen. Deshalb werden wir auch all diese Dinge in der Zukunft hinterfragen und hinterfragen müssen, ob dies noch für unsere Bevölkerungsdichte hier ausreichend ist, und was wir uns in dieser Zeit noch leisten können.

Ich möchte hier an die Stadtverwaltung und letzten Endes auch an den Erfurter Stadtrat ein Lob und eine Anerkennung aussprechen. Wir machen es uns nicht leicht, jedes Jahr zu versuchen, einen Haushalt aufzustellen, der nur einigermaßen noch als Begriff Haushalt bezeichnet werden kann. Aber - meine sehr verehrten Damen und Herren - in der Stadt Erfurt ist das nur möglich, weil die Menschen, die vor uns gelebt haben, diese Stadt mit relativ viel Eigentum versorgt haben. Wir sind in diesen Zeiten dabei, unser Eigentum zu veräußern, um einfach hier noch so leben zu können, wie wir es vielleicht gewohnt waren. Nur irgendwann wird dieses Thema endlich sein, denn das Eigentum wird sich nicht vermehren, sondern es wird weniger werden. Wir können nicht nur von unserem Eigentum leben, indem wir es veräußern und es damit - ich sage mal - nicht auffressen, aber für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung stellen. All diese Dinge müssten besser aus uns selbst herauskommen bzw. selbst erwirtschaftbar oder durch entsprechende Steuern möglich sein. Entweder wird die Gemeindefinanzreform durch die Bundesregierung und durch die Länder auf andere Füße gestellt, so dass wir dauernd mit Einnahmen versorgt werden, die es uns ermöglichen, die kommunale Selbstverwaltung zu leben, oder es wird der Tag nicht sehr fern sein, an dem wir sagen müssen, dass es hier in Erfurt keine Investitionen mehr geben wird, weil wir einfach nichts mehr zu verkaufen haben. Und - ich sage das hier auch - es gibt Dinge, die wir nicht verkaufen werden: Das sind zum Beispiel unsere Stadtwerke, ein integraler Bestandteil unseres Haushaltes. Jedes Jahr erwirtschaften sie über 20 Millionen Euro für die Stadt Erfurt, für viele Bereiche dieser Stadt. Natürlich wären sehr viele daran interessiert, sie zu kaufen, aber das werden wir nicht machen. Aber - meine sehr verehrten Damen und Herren - die Immobilien, die Ländereien, all das, was die Stadt Erfurt hat, ist endlich, und ich bin nicht bereit, Dinge zu tun, die finanzpolitisch ein Stück fragwürdig sind. Ich weiß nicht, ob es die Lösung sein kann, dass wir das Rathaus, dass wir die Straßenbahn, dass wir die gesamte Infrastruktur nach Amerika verkaufen und dann zurückleasen, um daraus einen Vorteil zu haben und dann in einem Rathaus zu sein, das nicht mehr uns, sondern amerikanischen Finanzkreisen gehört. Ich sage das hier ganz deutlich: Das sind Möglichkeiten, die andere Städte leider schon gehen. Man weiß auch nicht, was in 20 Jahren sein wird, aber ich halte diesen Weg für nicht richtig.

Mein Petitum ist - meine sehr verehrten Damen und Herren - in Zeiten knapper Kassen können nur kleine Brötchen gebacken werden, und wir sollten lieber kleine Brötchen backen, um noch ein paar Mark zu behalten und nicht unser ganzes Eigentum veräußern, um einfach sagen zu können, es geht uns ja so gut. So gut geht es uns nicht! Wir haben heute die größte Finanzkrise der Kommunen seit Bestehen der Bundesrepublik. Ich hoffe, Ihnen mit meinem Vortrag ein Stück deutlich gemacht zu haben, dass es nicht an der Unfähigkeit der Stadtverwaltung und des Stadtrates liegt, sondern einfach Fakten aufeinander treffen, die diese Finanzkrise nur verstärkt haben. Und ich hoffe, dass wir uns relativ bald über gesunde Finanzen unterhalten können, und dass ich vielleicht einmal in ein, zwei, vier, fünf oder sechs Jahren einen Vortrag halten kann, wie wir aus dieser größten Krise unserer Zeit herausgekommen sind.

Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Recht vielen Dank.

## **Literatur und Recherchehinweise zum Thema „Kommunen in der Krise“**

### Finanzielle Lage

- Haushaltsplan der Landeshauptstadt Erfurt
- Gemeindefinanzbericht 2003, Der Städtetag, Ausgabe 9/2003
- Internetseiten:
  - Deutscher Städtetag: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)
  - Deutscher Städte- und Gemeindebund: [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)
  - Städte- und Gemeindebund Thüringen: [www.gstb-thueringen.de](http://www.gstb-thueringen.de)

### Demographische Entwicklung

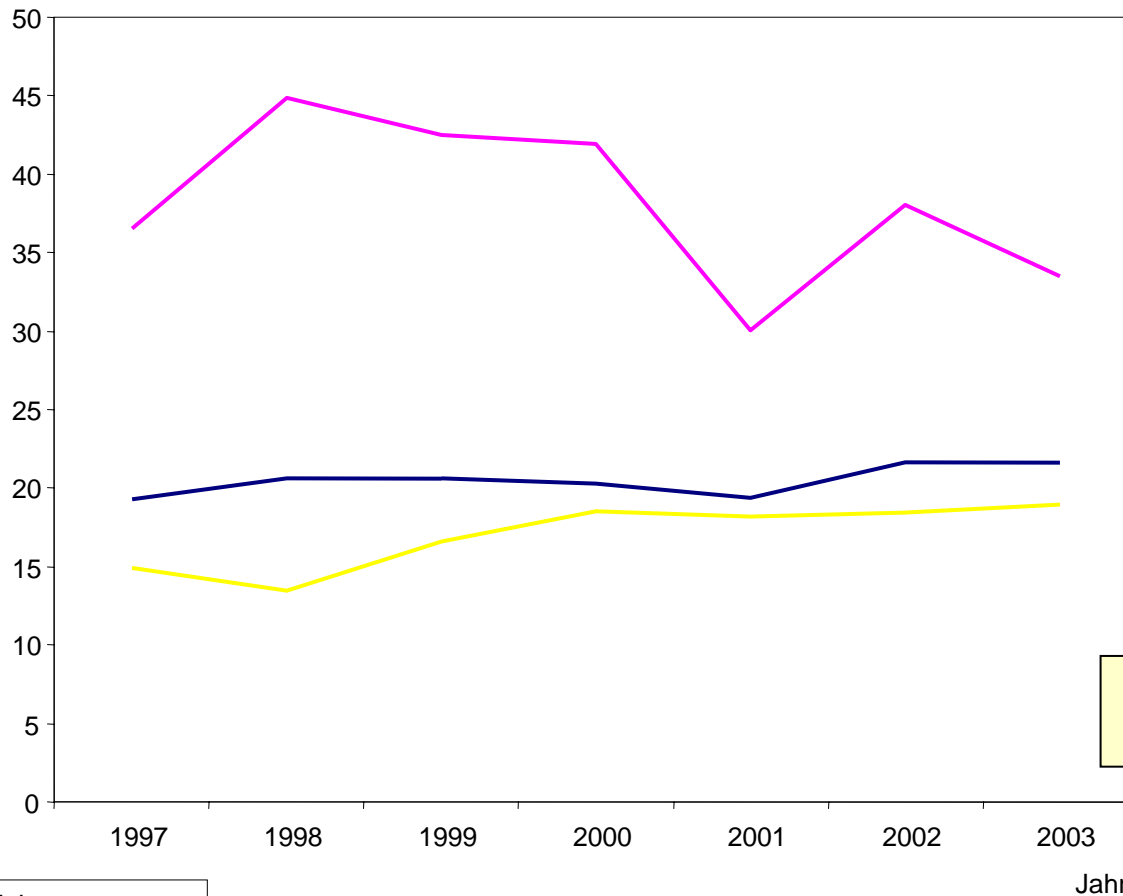
- 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Juni 2003
- Kommunalstatistisches Heft Nr. 48 „Bevölkerung in Erfurt - Bestandsentwicklung bis 10/2003 und Prognose bis 2020“, Landeshauptstadt Erfurt, Dezember 2003
- Internetseiten:
  - Statistisches Bundesamt: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)
  - Stadtverwaltung Erfurt: [www.erfurt.de](http://www.erfurt.de) → Verwaltung + Behörden → Informationen der Ämter → Stadtentwicklungsamt

### Stadtentwicklung

- Beitrag der Landeshauptstadt Erfurt zum Bundeswettbewerb Stadtumbau Ost
- Flächennutzungsplan-Entwurf der Landeshauptstadt Erfurt
- Internetseiten:
  - Deutscher Städtetag: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)
  - Deutscher Städte- und Gemeindebund: [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)
  - Städte- und Gemeindebund Thüringen: [www.gstb-thueringen.de](http://www.gstb-thueringen.de)
  - Deutsches Institut für Urbanistik: [www.difu.de](http://www.difu.de)
  - Stadtverwaltung Erfurt: [www.erfurt.de](http://www.erfurt.de) → Wohnen + Bauen

## Entwicklung der Steuereinnahmen

in Mio. EUR



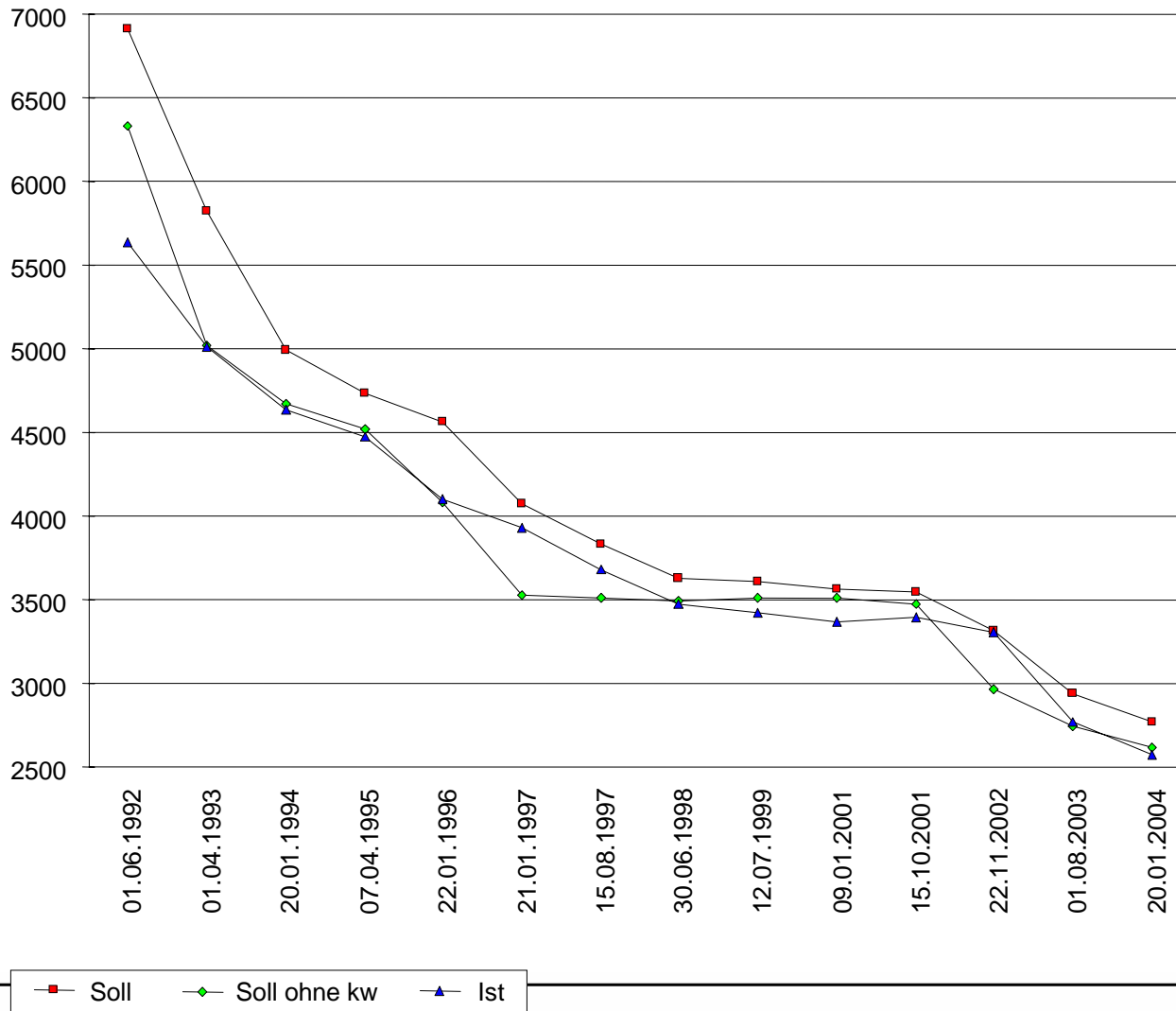
⇒ Stagnation bzw. Rückgang der Steuereinnahmen

- Einkommensteuer
- Gewerbesteuer
- Grundsteuer B

Landeshauptstadt Erfurt  
Stadtverwaltung



## Entwicklung Stellenplan Landeshauptstadt Erfurt



⇒ Im Zeitraum von 1992 bis 2003 wurden ca. 4.000 Stellen abgebaut.



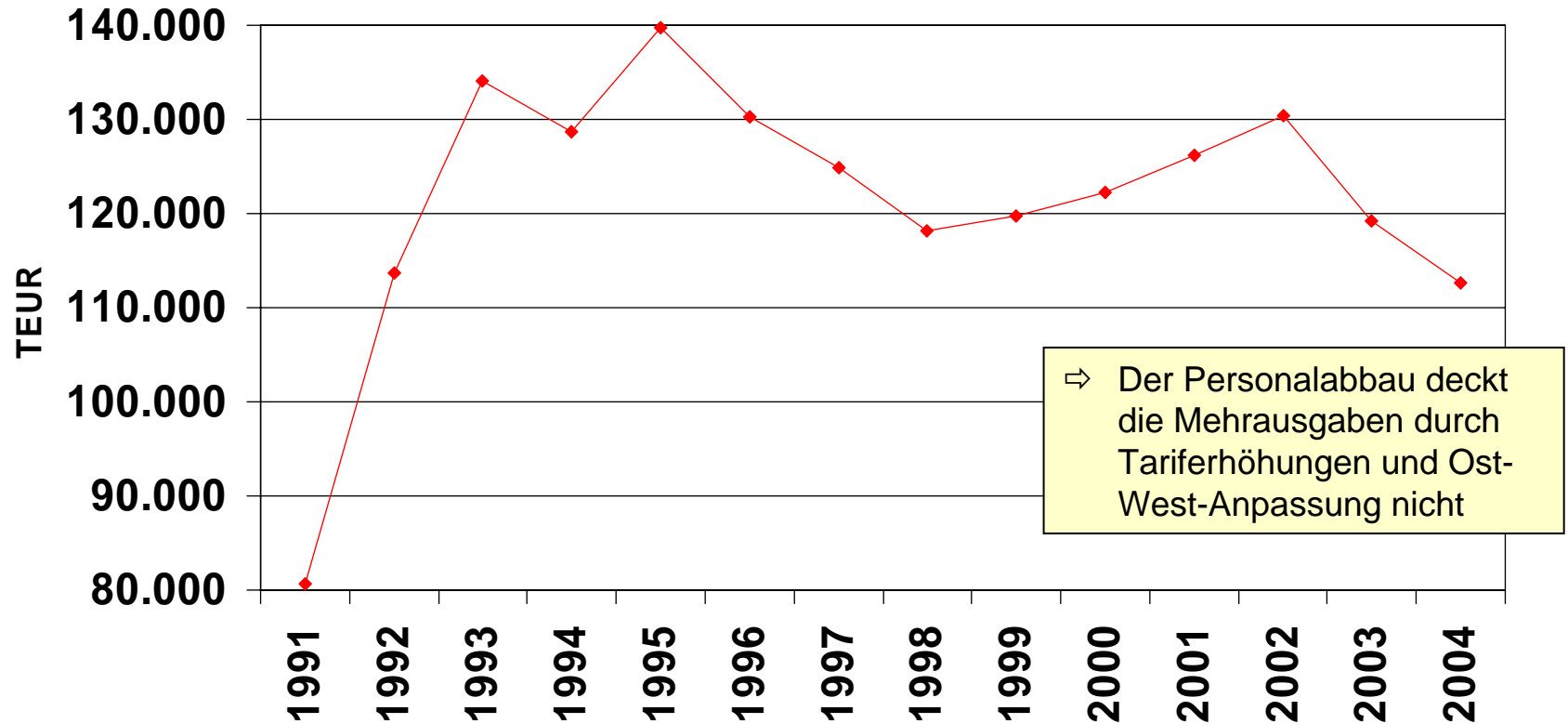


## Übersicht Personal und Personalausgaben SN 1 Landeshauptstadt Erfurt

Jahr	Personal jeweils am 30.06.	Personalausgaben Jahresergebnis SN 1	Bemerkung
<b>1991</b>	10. 600	80.676 TEUR	Personal mit Lehrern
<b>1992</b>	5.832	113.631 TEUR	
<b>1993</b>	5.439	134.034 TEUR	
<b>1994</b>	4.958	128.659 TEUR	
<b>1995</b>	5.123	139.705 TEUR	Gebietsreform
<b>1996</b>	4.617	130.301 TEUR	
<b>1997</b>	4.262	124.908 TEUR	
<b>1998</b>	4.005	118.097 TEUR	
<b>1999</b>	3.936	119.677 TEUR	Tariferhöh. 04/99 um 3,1 %
<b>2000</b>	3.955	122.194 TEUR	Tariferhöh. 08/00 um 2%
			Tarifangl. 08/00 um 0,5% auf 87%
<b>2001</b>	3.919	126.227 TEUR	Tarifangl. 01/01 um 1,5 % auf 88,5%
			Tariferhöh. 09/01 um 2,4%
<b>2002</b>	3.809	130.373 TEUR	Tarifvertr. 38 Std. (o. L.-ausgleich v. 07/03 - 06/05)
			Tarifangl. 01/02 um 1,5 % auf 90%
<b>2003</b>	3.280	119.264 TEUR	Tarifangl. 01/03 um 1% auf 91%
		(vorl. Jahreserg.)	Tariferhöh. 01/03 um 2,4%
			Gründung Erfurter Sportbetrieb
<b>2004</b>		112.658 TEUR	Plan

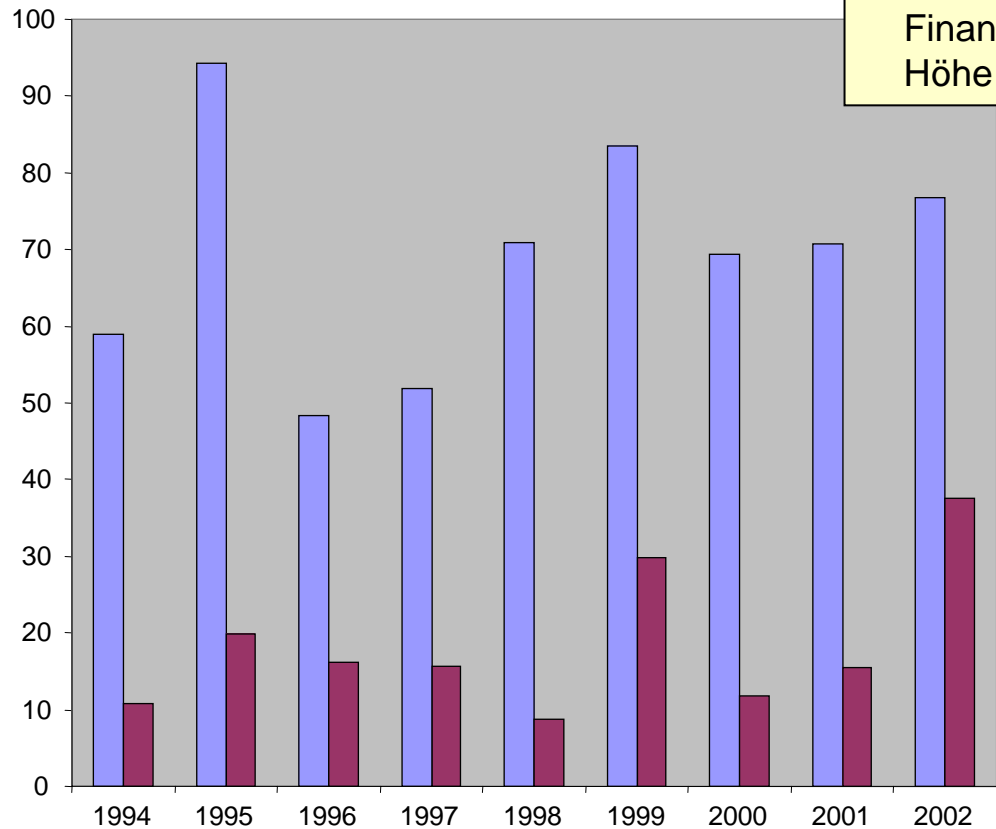


## Entwicklung Personalausgaben SN 1 Landeshauptstadt Erfurt



## Bausausgaben und gleichzeitiger Vermögensverkauf

in Mio. EUR



⇒ Seit 1992 musste die Stadt Erfurt für die Finanzierung von Investitionen Vermögen in Höhe von ca. 190 Millionen Euro veräußern.

■ Bausausgaben  
■ Veräußerungserlöse aus Vermögen

Haushaltsjahr

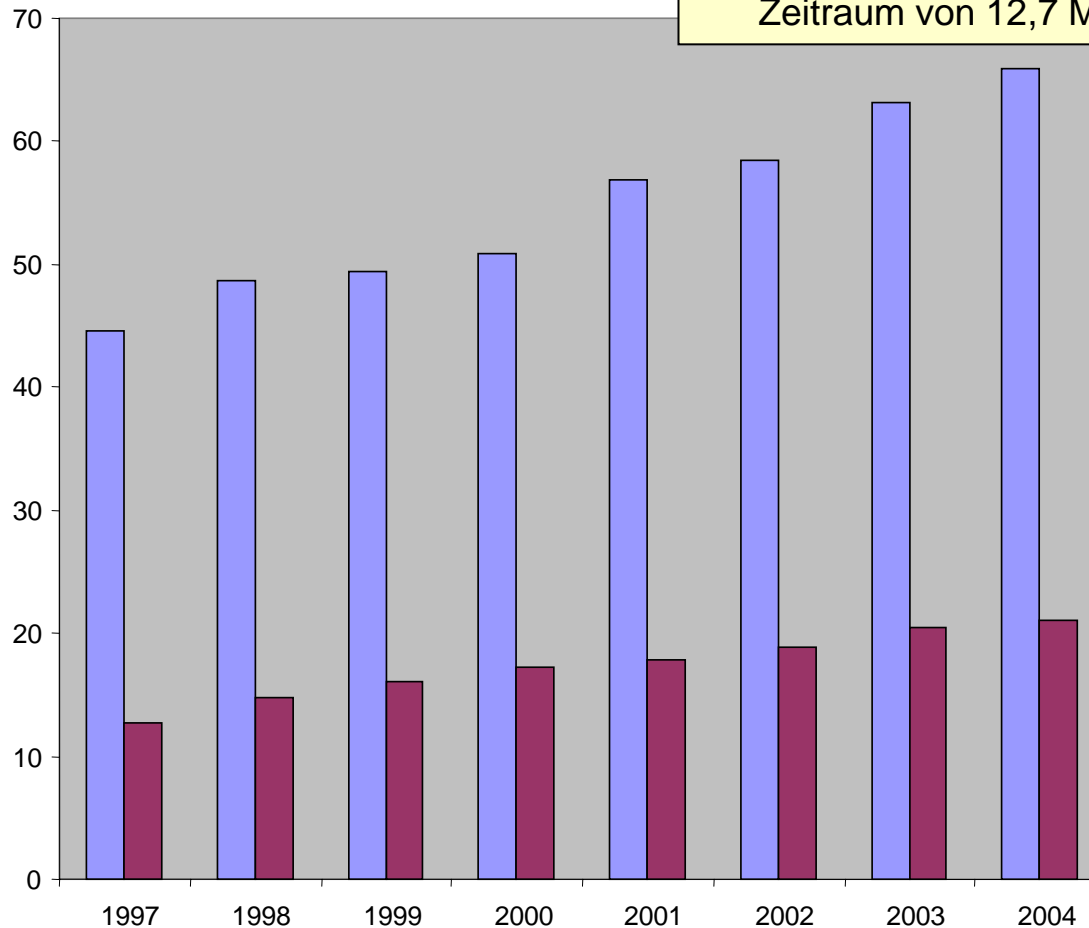
Landeshauptstadt Erfurt  
Stadtverwaltung



## Sozialausgaben

in Mio. EUR

- ⇒ Die Sozialausgaben stiegen von 44,5 Mio. EUR im Jahr 1997 auf ca. 66 Mio. EUR im Jahr 2004.
- ⇒ Allein die Hilfe zum Lebensunterhalt stieg im gleichen Zeitraum von 12,7 Mio. EUR auf ca. 21 Mio. EUR.



- Sozialausgaben gesamt
- davon HLU incl. Mietkostenzuschüsse (ab 2003 mit Grundsicherung)

# Zusammengefasste Geburtenziffer in der EU, 1960-1999

	1960	1970	1980	1990	1999	1960-99 in %
Belgien	2,6	2,3	1,7	1,6	1,5	-39,8
Dänemark	2,6	1,9	1,6	1,7	1,7	-32,3
Deutschland	2,4	2,0	1,6	1,5	1,4	-42,1
Finnland	2,7	1,8	1,6	1,8	1,7	-36,0
Frankreich	2,7	2,5	2,0	1,8	1,8	-35,1
Griechenland	2,3	2,4	2,2	1,4	1,3	-43,0
Großbritannien	2,7	2,4	1,9	1,8	1,7	-37,5
Irland	3,8	3,9	3,3	2,1	1,9	-49,7
Italien	2,4	2,4	1,6	1,3	1,2	-49,7
Luxemburg	2,3	2,0	1,5	1,6	1,7	-24,1
Niederlande	3,1	2,6	1,6	1,6	1,6	-47,4
Österreich	2,7	2,3	1,6	1,4	1,3	-51,8
Portugal	3,1	2,8	2,2	1,6	1,5	-52,3
Schweden	2,2	1,9	1,7	2,1	1,5	-31,8
Spanien	2,9	2,9	2,2	1,4	1,2	-58,4
EU 15	2,6	2,4	1,8	1,6	1,4	-46,2

Quelle: Ralf Mai; Andre Müller-Kuller, 2001: Projektion der Entwicklung der Erwerbspotentiale in der EU bis 2040. Der demographische Zuwanderungsbedarf und die Effekte einer Erhöhung der Erwerbstätigkeit. Bamberger Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Bamberg 2001. S. 14.



Otto-Friedrich Universität Bamberg

78

## Geburtenziffern in der EU (1960 - 1999)

⇒ Nicht nur in Erfurt oder Deutschland, sondern in der gesamten EU findet seit den 90er-Jahren keine einfache Reproduktion (Anstieg der Geburtenziffer über 2,1) mehr statt.

⇒ Eine Umkehr des reproduktiven Verhaltens mit einem Anstieg der Geburtenziffer über 2,1 ist auch in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten. Der Schrumpfungsprozess beschleunigt sich dadurch immer mehr.

Landeshauptstadt Erfurt  
Stadtverwaltung

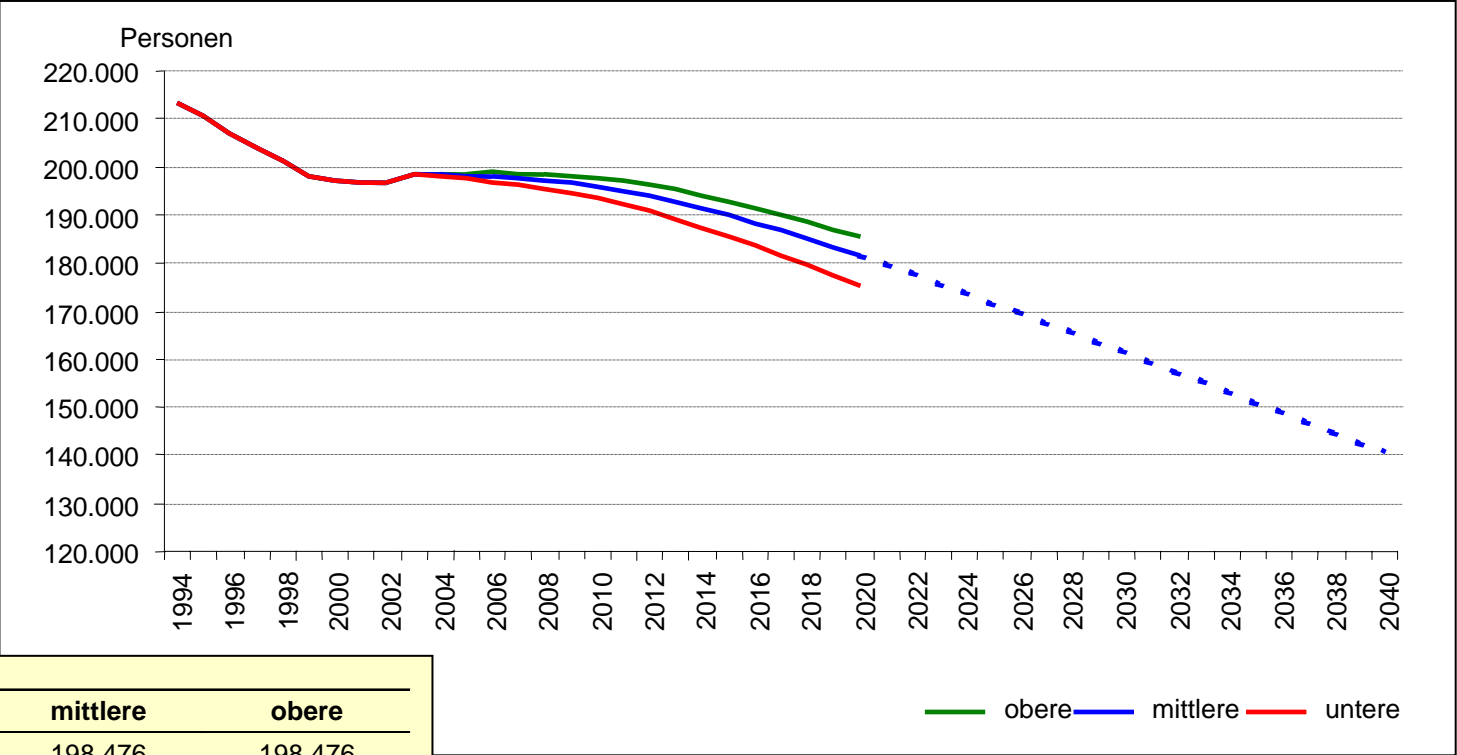


## Vergleich der Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Ländern

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin-Ost
Entwicklung der Bevölkerung 2025 gegenüber 1999 (1999 = 100)	97,2	94,4
Anteil der Personen von 65 und mehr Jahren an der Gesamtbe- völkerung in %	23,1	24,1
65-jährige und ältere Personen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (Altenquotient)	38,6	41,5
Auszug aus den Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2050 vom Juni 2000		

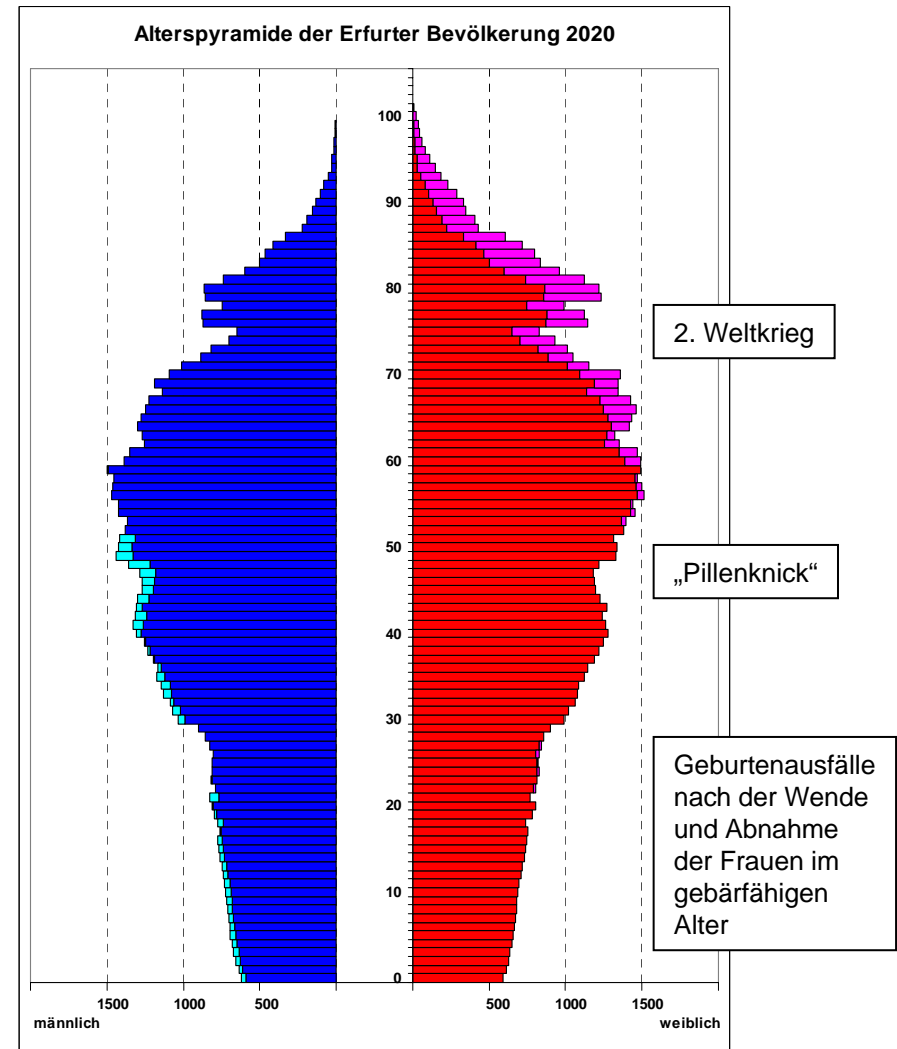
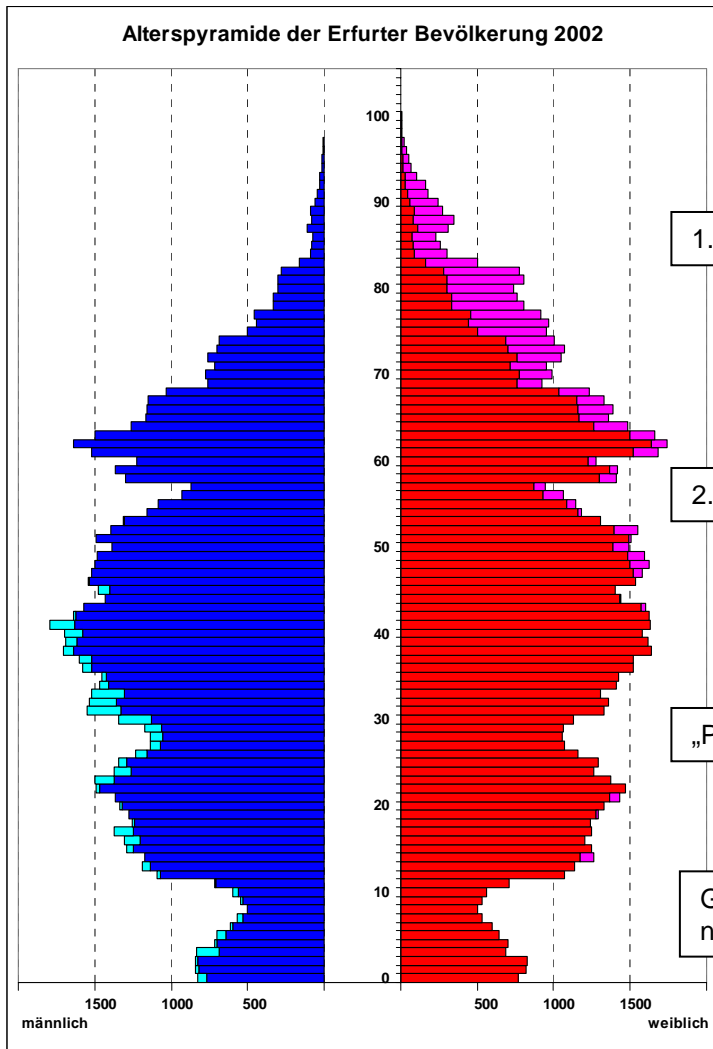


# Bevölkerungsentwicklung nach den drei Wanderungsvarianten



Jahr	untere	mittlere	obere
2003	198.476	198.476	198.476
2005	197.450	198.050	198.650
2010	193.350	195.800	197.550
2015	185.600	189.950	192.800
2020	175.150	181.400	185.350
2025		171.750	
2030		161.500	
2035		151.050	
2040		140.500	

# Alterspyramiden der Erfurter Bevölkerung 2002 und 2020





## Bereinigte Leerstandsquoten der Erfurter Plattenbaugebiete

(Bestand der Wohnungsunternehmen)

Stadtteil	Leerstandsquote (in %)		Entwicklung 2002 zu 2003
	2002	2003	
Roter Berg	30,7	17,4	- 13,3
Moskauer Platz	15,3	15,1	- 0,1
Berliner Platz	11,2	10,9	- 0,2
Rieth	15,2	10,5	- 4,8
Johannesplatz	3,7	4,8	1,1
Norden gesamt	15,5	12,3	- 3,2
Herrenberg	19,0	9,1	- 9,8
Wiesenhügel	11,4	11,5	0,1
Melchendorf	10,2	8,8	- 1,4
Südosten gesamt	14,4	9,7	- 4,7
<b>Plattenbau gesamt</b>	<b>15,1</b>	<b>11,2</b>	<b>- 3,8</b>

\* Bei der Berechnung der bereinigten Leerstandsquote werden abgerissene, frei gezogene und weitestgehend freigezogene Objekte als nicht mehr dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehend betrachtet und unabhängig von der Behandlung im Buchwert nicht in der Berechnung berücksichtigt.

- ⇒ sinkende Leerstandsquoten in den Masterplangebieten, wo Abrissförderung genutzt wird
- ⇒ wirtschaftlich verträgliche Leerstandsquoten von 3 - 5 % wird mit der derzeitigen Förderung nicht erreicht

